

## **Früher Demokratie wagen: Kinder und Jugendliche besser beteiligen**

Fraktionsbeschluss 14. Dezember 2010

Kinder und Jugendliche sind eigenständige Persönlichkeiten mit vielfältigen Kompetenzen. Ihre Partizipation ist ein entscheidender Schlüssel zu einer demokratischen Gesellschaft. **Wir erleben derzeit ein wachsendes Interesse von Jugendlichen an Politik.** Mehr noch: Sie gehen für ihre Anliegen verstärkt auf die Straße. Ob Bildungsstreik, Proteste gegen Atomkraft oder Stuttgart 21: Jugendliche mischen sich ein und wollen über Zukunftsfragen mitentscheiden. Die neue Shell-Jugendstudie zeigt, dass der Anteil „politisch interessierter“ Jugendlicher von 2002 bis 2010 gestiegen ist: bei den 12-14-Jährigen von 11 Prozent auf 21 Prozent und bei den 15-17-Jährigen von 20 Prozent auf 37 Prozent. Jugendliche sind stärker bereit, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen. Immer mehr sind engagiert, 39 Prozent setzen sich für soziale und gesellschaftliche Zwecke ein.

Diese Entwicklungen begrüßen wir sehr, weil es bei den großen Fragen der Politik um die Zukunft der jungen Generation geht. Die Zahlen zeigen aber auch, dass es immer noch ein großes Potential von Jugendlichen gibt, die sich (noch) nicht engagieren. Sei es, weil es keine entsprechenden Angebote gibt, sei es, weil sie keinen Mehrwert im Engagement sehen, sei es, weil sie keinen Impuls zum Engagement bekommen. Fakt ist: Je höher der Bildungsgrad der Eltern, desto häufiger beteiligen und engagieren sich ihre Kinder.

Wir geben uns mit dem Trend eines stärkeren politischen Engagements nicht zufrieden. Den Zusammenhang zwischen Bildungsgrad, sozialer Herkunft und Engagement müssen wir durchbrechen. Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen und damit auch diejenigen an gesellschaftliches und politisches Engagement heranführen, die sich bisher nicht engagieren. **Wir wollen niemanden zurücklassen oder von Partizipationsangeboten ausschließen, sondern Teilhabe für alle** – unabhängig davon, ob arm oder reich, jung oder alt, Mädchen oder Junge, mit oder ohne Einwanderungsgeschichte, mit oder ohne Behinderung. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir eine **Beteiligungsoffensive für Kinder und Jugendliche.** Denn: Frühe Beteiligung schafft neue Perspektiven, stiftet Zukunftsoptimismus und ist für viele junge Menschen der Einstieg in eine lebenslange engagierte Biografie.

Politisches und gesellschaftliches Engagement von Kindern und Jugendlichen ist ein Mehrwert für die Demokratie. Eine lebendige und vitale Demokratie lebt von der Beteiligung auch ihrer jüngsten Mitglieder. Die wachsende Partizipations- und Protestbereitschaft, die wir derzeit quer durch alle Altersgruppen erleben, ist Ausdruck einer emanzipierten Öffentlichkeit, die Basta-Politik ablehnt und Bürgernähe einfordert. **Wir wollen daher mehr und früher Demokratie wagen. Das ist Kern eines neuen Gesellschaftsvertrages.** Demokratische Werte und Rechte müssen deshalb schon von klein an vermittelt und erlebt werden: in Elternhaus, Kita, Schule und Jugendeinrichtung, im Ausbildungsbetrieb, an der Hochschule. Kompetente Kinder und Jugendliche sind eine kreative Kraft. Wir wollen ihnen Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen und sie fördern, damit sie ihre Potenziale besser einbringen und Talente entfalten können.

**Unsere Vision ist eine generationengerechte Gesellschaft,** in der Kinder und Jugendliche ihre Interessen selbstständig vertreten können. Die UN-Kinderrechtskonvention und die EU- Grundrechtecharta haben starke Partizipationsrechte formuliert, die es in der Praxis vor Ort umzusetzen gilt. Auch die EU-Jugendstrategie zielt in diese Richtung. Mitbestimmung ist ein Menschenrecht – das gilt auch für Kinder und Jugendliche. Daher brauchen wir auf allen Ebenen altersgerechte attraktive Beteiligungsangebote.

### **Schwarz-Gelb tatenlos!**

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist **mutlos, ideenlos und tatenlos.** Sie hat bisher keine Initiativen ergriffen, um Kinder- und Jugendpartizipation zu stärken. Stattdessen werden immer wieder Stimmen laut, die friedlich protestierenden Jugendlichen das Demonstrationsrecht absprechen und sie als Störenfriede abstempeln. Für uns sind repolitisierte Jugendliche Nachwuchs für die Demokratie. Die rot-grüne Bundesregierung hatte sich mit dem Nationalen **Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“** ambitionierte Partizipationsziele gesetzt und sich verstärkt für die Modernisierung der Beteiligungsrechte

engagiert. Laut Aktionsplan sollten für alle Kinder und Jugendlichen Beteiligungsangebote auf allen Ebenen in methodisch angemessener Weise zur Verfügung gestellt werden. Diese wichtige Hausaufgabe ist auch nach dem ersatzlosen Auslaufen des Aktionsplans unter Ministerin Schröder keinesfalls erledigt. Daher fordern wir die Neuauflage und wollen einen neuen „Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung“.

## Beteiligung ist Mehrwert!

Gute Kinder- und Jugendbeteiligung fördert **Solidarität, Integration und Zugehörigkeit**. Sie vermittelt jungen Menschen Bildung, Kompetenzen und Werte. Die reale Partizipation von Kindern und Jugendlichen beginnt meist in ihrem direkten Lebensumfeld vor Ort – in ihrem Wohnviertel, im Heimatort, der Kita, Schule oder Jugendeinrichtung. Durch die Beteiligung an der Gestaltung und Erneuerung des Wohnumfeldes entsteht eine **kinder-, jugend- und familienfreundlichere Umgebung**. Mehr Partizipation kann zu einer engeren Verbundenheit und Identifikation junger Menschen mit ihrem Wohnort führen. Demokratische Entscheidungen, in die Kinder und Jugendliche eingebunden sind, haben eine breitere Akzeptanz und werden unter Beteiligung der Betroffenen in der Regel qualitativ besser. Kinder und Jugendliche fühlen sich als Expertinnen und **Experten in eigener Sache** ernst genommen (Selbstwirksamkeit), werden in ihrer Persönlichkeit gestärkt und entwickeln sich zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern. Frühe Beteiligung schärft den Sinn fürs Gemeinwohl, stärkt Zusammenhalt und Generationendialog, fördert Integration und Gerechtigkeit. Wer in frühen Jahren ein vernetztes Umfeld mit vielfältigen Vereinen und Verbänden erlebt, ist für bürgerschaftliches Engagement im weiteren Lebenslauf besser ansprechbar.

## Recht auf Beteiligung umsetzen!

Die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen sind hierzulande ein Flickenteppich und entsprechen noch nicht den Standards der **UN-Kinderrechtskonvention**. Bei der konkreten Umsetzung von Beteiligungsrechten müssen daher entwickelte **Qualitätskriterien** auch angewandt werden: Projekte, Programme und Verfahren müssen jungen Menschen tatsächliche Entscheidungsbefugnisse garantieren, sie müssen transparent und nachhaltig sein, möglichst mit eigenen Ressourcen und mit zeitnahen Rückkopplungsprozessen verbunden sein. Die Kinderbeauftragten der Kommunen, die Kinderbüros, die Kinder- und Jugendverbände oder die Moderatoren für Kinder- und Jugend-Beteiligungsprojekte sollten gestärkt und ihr Angebot ausgebaut werden, damit Mitbewirkungsmöglichkeiten verstetigt werden. Feste Foren und Gremien für Kinder und Jugendliche wie Kinder- und Jugendparlamente sind dann sinnvoll, wenn sie altersgerecht gestaltet sind und dort getroffene Empfehlungen und Beschlüsse umgesetzt werden. Folgenlose Partizipationsprozesse sind frustrierend und nicht nachhaltig.

## Demokratie von klein an!

**Wir müssen früh ansetzen.** Das politische Interesse wächst auch bei den jüngeren Jugendlichen und Kindern. Demokratisches Lernen fängt im Kindergartenalter an. In der Kindertagesbetreuung können Kinder erste Partizipationserfahrungen außerhalb des Elternhauses sammeln – mit Gleichaltrigen sowie Erzieherinnen und Erziehern. Partizipation ist Kern einer bildungs- und demokratieorientierten pädagogischen Arbeit. Schon Kindertagesstätten brauchen ein **Demokratie- und Teilhabekonzept**. Viele Bundesländer haben in ihren Kindertagesstättengesetzen vorbildlich Partizipationsrechte von Kindern (und Eltern) verankert. Für gelingende Partizipationsprojekte in Kindergärten gibt es vielerorts Best-Practice-Beispiele. Alle Bundesländer sollten diesen Beispielen folgen. Modellprojekte wie die „Kinderstube der Demokratie“ zeigen, wie Partizipation von Kindern gestaltbar ist. Ansätze wie diese wollen wir in ihrer Verbreitung unterstützen. Sie sind Teil der dringend notwendigen qualitativen Verbesserungen unserer Kindertageseinrichtungen. Der Beschluss der Kultusministerkonferenz vom März 2009 hat die Erziehung für die Demokratie als zentrale Aufgabe für Elementarpädagogik, Schule und Jugendbildung benannt. Die Umsetzung des Maßnahmenbündels von Bund und Ländern wollen wir unterstützen und konstruktiv begleiten.

## Bildung muss Partizipation fördern!

Wir wollen demokratische und selbstständige Bildungseinrichtungen, die vor Ort vernetzt sind und in denen sich alle Beteiligten in einem demokratischen Prozess gemeinsame Regeln setzen. Schulen brauchen ein wertschätzendes **Schulklima und -profil**, das Mitbestimmung ermöglicht, die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler wertschätzt (Diversity), alle Potenziale und Talente unterstützt und anerkennt. Wir wollen auch

aus demokratiepolitischen Gründen ein **Schulsystem**, das nicht ausgrenzt und abschult, sondern integriert und fördert, denn auch längeres gemeinsames Lernen und eine hohe pädagogische Qualität können zu einer Demokratisierung von Schule führen.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss zum **tragenden Leitprinzip** in Bildungseinrichtungen werden. Wir fordern deshalb wirkungsvollere Beteiligungsmöglichkeiten: Lernen durch Engagement, mehr Einfluss und Verantwortung der SchülerInnenvertretungen in der Schulkonferenz und der Einbezug außerschulischer Akteure in den Schulalltag sind wesentliche **Bausteine einer demokratischen Schulkultur**.

Auch die **Unterrichtspraxis** muss politische Bildung viel stärker berücksichtigen. Wir wollen einen gut gestalteten Politikunterricht für alle Schülerinnen und Schüler. Bestehende Möglichkeiten zur Partizipation in der Schule und im Umfeld sollten selbstverständlicher Gegenstand im Unterricht und Teil schulnaher Aktivitäten im Rahmen der **vernetzten Ganztagschule** sein. Die Schule hat als einzige Institution die Chance, alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen und für die Demokratie zu gewinnen – unabhängig von ihrer Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern. Schule muss genauso wie Jugend- und Sozialarbeit den Schülerinnen und Schülern echte Freiräume zum Mitgestalten und Mitbestimmen geben.

Das **Schulentwicklungsprogramm „Demokratie lernen & leben“**, bei dem Bund und Länder im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung bis 2007 zusammengewirkt haben, verfolgte das richtige Ziel und muss neu aufgelegt werden. Dazu muss das bestehende Kooperationsverbot im Bildungsbereich endlich wieder aufgehoben werden. Es ist widersinnig und partizipationsfeindlich, dass **Demokratieförderung** in Schulen durch die großkoalitionäre Föderalismusreform erschwert wurde.

Die Stärkung von **Lese- und Medienkompetenz** von Kindern und Jugendlichen ist elementare Basis für Meinungsfreiheit, demokratische Kompetenzen und ein späteres politisches Interesse. Wer schlecht oder ungern liest, greift weniger zu Tageszeitungen oder politischen Informationsangeboten im Internet. **Partizipation setzt Information voraus**. Deshalb wollen wir Angebote wie die „Initiative Printmedien“ des Bundes weiter vorantreiben.

## Engagement fördern, Jugendhilfe stärken, Freiwilligendienste ausbauen!

Die **Jugendhilfelandchaft in Deutschland** leistet einen großen Beitrag zur Förderung von Respekt und Wertschätzung. Viele **freie Träger** der Jugendhilfe und **Jugendverbände** betreiben aktive Demokratieförderung, fördern demokratische Jugendkulturen und das politische und zivilgesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen. Sie machen Demokratie erlebbar, bilden als außerschulische Sozialisationsinstanzen eine Basis für eine „engagierte Biografie“. Die Strukturen und Arbeitsfelder der vielen freien Träger müssen gesichert und weiterentwickelt werden, etwa hinsichtlich einer stärkeren Einbindung von jungen Migrantinnen und Migranten. Jugendliche brauchen zudem ein eigenes Antragsbefugnisrecht bei den Leistungen der Jugendhilfe. Wir wollen ihre Rechtstellung in der Kinder- und Jugendhilfe stärken und hierfür auch die Kinderrechte im Grundgesetz klarstellen.

**Freiwilligendienste** leisten einen wichtigen Beitrag für eine moderne demokratische und solidarische Bürgergesellschaft. Als eine besondere Form bürgerschaftlichen Engagements und sozialen Lernens tragen Jugendfreiwilligendienste zur gesellschaftlichen Verantwortung und persönlichen Entwicklung bei. Wir wollen Quantität, Qualität und Attraktivität der Jugendfreiwilligendienste ausbauen und damit starke Impulse für zivilgesellschaftliches und politisches Engagement setzen. Von ebenso hoher Bedeutung sind der internationale **Jugendaustausch** und regelmäßige **Begegnungsprogramme**, bei denen Jugendliche Gleichaltrige anderer Nationen und Kulturen sowie die politischen Systeme anderer Länder kennen lernen können. Austausch, Begegnungen und Auslandsfreiwilligendienste fördern interkulturelle Kompetenzen und globales Lernen. Sie erfordern eine intensive und qualitativ hochwertige Vorbereitung, Begleitung vor Ort und Nachbereitung.

Um die Attraktivität für bisher nicht erreichte Gruppen zu steigern, müssen die Kompetenzen von Jugendkulturarbeit stärker genutzt werden. Denn Beteiligungsangebote sollten **vielfältige Jugendkulturen** zielgruppengerecht ansprechen. Eigeninitiative kann durch künstlerisches Mitgestalten gefördert werden. Kreative Betätigung von Kindern und Jugendlichen stärkt Gestaltungskompetenzen „für die Welt von morgen“. Kulturelle und künstlerische Teilhabe sind elementare Bausteine für mehr Integration und Inklusion. Die Stärkung der Jugendkultur(en) bereichert unsere Demokratie.

## Der Jugend eine Stimme: Wahlalter auf 16 Jahre absenken!

Das Wahlrecht ist in unserer parlamentarischen Demokratie ein zentrales Instrument zur Beteiligung und demokratische Teilhabe von jungen Menschen. Unser Ziel ist es daher, die Absenkung des aktiven Wahlalters bei allen Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen auf 16 Jahre zu erreichen. Eine solche **Erweiterung von Wahlrechtsmöglichkeiten** für Jugendliche wäre ein Gewinn für deren Selbstbestimmung und Teilhabechancen. Die Urteilskraft, Reife und Kompetenz für eine Wahlentscheidung bringen Jugendliche mit. Wir gehen davon aus, dass eine Senkung des Wahlalters den Jugendlichen als Bürger- und Wählergruppe mehr Aufmerksamkeit und damit mehr politisches Gewicht verleihen würde. Dort, wo Wahlalterabsenkungen mit politischer Bildung verknüpft wurden, waren sie erfolgreich und ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Die schwarz-gelben Kürzungen im Bereich der politischen Bildung sind auch deshalb das völlig falsche Signal. Im Prozess demografischer Schrumpfung und Alterung der Gesellschaft und angesichts gravierender Zukunftsentscheidungen, dürfen Jugendliche nicht marginalisiert werden und brauchen bei Wahlen eine Stimme.

## E-Demokratie: Beteiligungsangebote in neuen Medien fördern!

Medien kommt bei der Aneignung eigener politischer Kompetenzen eine Schlüsselrolle zu, auch der Einfluss des Internets auf politisches Handeln steigt. Das Web kann helfen Gesellschaften zu demokratisieren und hat u.a. durch **soziale Netzwerke** ein enormes Mobilisierungspotential. Entscheidend dafür ist allerdings eine Stärkung der Medienkompetenz und die Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zum Internet. Längst sind weltweit **neue Beteiligungs- und Protestformen** entstanden. Das Web 2.0 macht Jugendliche zunehmend zu „Prosumenten“: sie konsumieren nicht nur, sondern teilen sich mit. Während Jugendliche sich nach wie vor überwiegend über das Fernsehen politisch informieren und das Internet bei der Informationsbeschaffung an zweiter Stelle steht, ist das Internet bei der Kommunikation und dem Veröffentlichlichen der eigenen Meinung klar überlegen. Wir müssen deshalb das Potential der Medien viel stärker nutzen, um über Demokratie und Politik zu informieren und das Interesse der Kinder und Jugendliche daran zu wecken. Erfolgreiche Ansätze wie „Politibongo“, Kindernachrichten, die Kinderrechtesserie mit „Captain Dork“ sind vorbildhaft und müssen dringend Nachahmer finden.

## Mehr Beteiligung auf allen Ebenen!

**Partizipation hat viele Formen.** Wir setzen uns dafür ein, flächendeckend repräsentative, punktuelle oder projektorientierte Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche mit echten Mitwirkungsmöglichkeiten zu verankern. Ziel ist es, gut gemachte Beteiligungsangebote für alle Herkunftsgruppen zur Verfügung zu stellen. Dies erfordert, dass die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen bei lokalen Entscheidungsprozessen, durch die Aufnahme entsprechender Regeln in den Gemeindeordnungen ausgebaut werden. Das Land Schleswig Holstein gilt hier mit seiner Gemeindeordnung (§47f) bundesweit als vorbildlich.

**Städtebauförderungsprogramme können einen Beitrag leisten,** Jugendbeteiligung zu stärken (u.a. in der Spielleitplanung und im Kontext von Quartiersmanagement). Partizipationsangebote in der Stadtentwicklungspolitik verbessern die Lebensqualität für alle und bilden einen Standortfaktor für Familienfreundlichkeit.

Die drastischen Kürzungen der Mittel für die Städtebauförderung von 610 auf 455 Millionen Euro in 2011 und der künftige Verzicht auf nicht-investive Maßnahmen im **Programm „Soziale Stadt“** werden dafür sorgen, dass vielerorts kaum noch beteiligungsorientierte Projekte in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf realisiert werden. Davon wären vor allem Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Schichten, mit schlechteren Bildungschancen und Einwanderungsgeschichte betroffen. Dabei müssen gerade diese jungen Menschen mit Partizipationsangeboten gezielt angesprochen werden anstatt sie weiter abzukoppeln. **Wir wollen in benachteiligten Stadtteilen Inklusion fördern statt Exklusion verschärfen** – dazu braucht es Beteiligung und demokratische Teilhabe.

Neben der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf lokaler, Landes- und Europaebene sehen wir einen großen Handlungsbedarf, wenn es um die Beteiligung von Jugendlichen an **bundespolitischen Angelegenheiten** geht. Maßnahmen wie das erfolgreiche „Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung“ (Aktionsbündnis aus Bundesjugendministerium, Bundeszentrale für politische Bildung und Deutschem Bundesjugendring) oder der erste Kinder- und Jugendreport zur UN-Berichterstattung über die Umsetzung der UN-Kinderrechts-Konvention haben bisher eher exemplarischen Charakter und müssen regelhaft und um weitere nachhaltige Programme ergänzt werden.

## Beteiligungsangebote im Bundestag ausbauen!

Wir gehen von einem weit gefassten Politikverständnis aus. Jede Engführung auf Parteienpolitik riskiert, für die Mehrheit der Jugendlichen unattraktiv zu sein. Wir wollen „Politik-Abstinenz“ mit einer jugendgerechten Öffnung politischer Organisationen und Institutionen entgegenwirken – ohne Anbiederung, sondern mit dem Angebot aktiver Mitgestaltung. Wir brauchen eine **politische Kultur und attraktive Parlamentsarbeit**, die junge Menschen zur Debatte und zur Mitarbeit einlädt und sich nicht nach außen abschottet. Deshalb wollen wir die Türen des Parlaments für Kinder und Jugendliche stärker öffnen.

Schon jetzt können sich Kinder und Jugendliche mit ihren Anliegen an die **Kinderkommission** des Deutschen Bundestages wenden. In diesem in dieser Form einmaligen Gremium sitzt von jeder Fraktion eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter. Sie setzen sich gemeinsam für die Rechte von Kindern und Jugendlichen ein. Auch Angebote wie der „Tag der offenen Tür des Deutschen Bundestages, das Planspiel „Jugend und Parlament“ oder die **Internetportale des Parlaments** „kuppelkucker.de“ und „mitmischen.de“ sind Schritte in die richtige Richtung. Diese Partizipationsangebote müssen ausgebaut und breiter beworben werden. Auch das **Petitionsportals** des Bundestags, aber auch der Landtage müssen kindergerechter gestaltet werden. Das Petitionsrecht ist ein Grundrecht, das allen offen stehen muss, Kindern wie Erwachsenen, dementsprechend muss auch der Weg dorthin altersgerecht sein.

Auch wir Grüne wollen uns weiter öffnen und Platz schaffen für junge Menschen mit neuen Ideen. Wir wollen unsere politische Kultur weiterentwickeln und Jugendliche zu Debatte und Mitarbeit einladen. Mit dem **Jugendforum** hat die grüne Bundestagsfraktion ein solches wiederkehrendes Angebot geschaffen.